

Diekmann, Achim; Hassbach, Friedrich; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Die Erwartungen der Industrie für 1995

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Diekmann, Achim; Hassbach, Friedrich; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen (1994) : Die Erwartungen der Industrie für 1995, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 12, pp. 603-613

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137190>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Industrie für 1995

Für das kommende Jahr wird von Konjunkturbeobachtern mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum gerechnet. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 1995 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik?

Achim Diekmann

Automobilindustrie: Erholung kommt nur zögerlich voran

Nur zögerlich vermag sich die deutsche Automobilkonjunktur von dem schwersten Einbruch ihrer Nachkriegsgeschichte zu erholen. Der im vergangenen Frühjahr einsetzende Anstieg des Produktionsvolumens flachte schon bald wieder ab. Mit gut 4,3 Mill. wurden 1994 zwar um 8% mehr Automobile hergestellt als im Rezessionsjahr 1993, der damalige Rückschlag von nahezu einem Viertel wurde damit aber bei weitem noch nicht wieder aufgeholt. Auch die für 1995 erwartete Fortsetzung des Aufwärtstrends wird dies mit einem Anstieg um etwa 6% nicht vermögen, selbst dann wird das Produktionsniveau deutlich niedriger ausfallen als in allen Jahren von 1986 bis 1992.

Das enttäuschende Tempo des Erholungsprozesses und die Zweifel an seiner kontinuierlichen Fortsetzung sind vor allem eine Folge der anhaltenden Schwäche des Inlandsmarktes. Dazu trugen die zeitweise sogar rückläufige Realeinkommensentwicklung ebenso bei wie die zunehmende Steuer- und Abgabenbe-

lastung der privaten Haushalte. Zu erinnern ist etwa an die Anfang 1994 einsetzende Mineralölsteuererhöhung, die die Kosten der Autohaltung spürbar verteuerte. Die Pkw-Neuzulassungen stagnierten deshalb 1994 und konnten sich nicht vom Rezessionsniveau des Vorjahres lösen.

Da die Finanzpolitik es bisher nicht vermochte, ihre Probleme durch eine stabilitätsorientierte Ausgabenpolitik zu lösen, folgen 1995 weitere Mehrbelastungen für Haushalte und Unternehmen, durch die die Steuerlastquote nochmals auf nunmehr über 44% hochgetrieben wird. Vor allem die Wiedereinführung des Solidaritätsbeitrags und die Beiträge zur neu eingeführten Pflegeversicherung treffen den Verbraucher und trüben seine Zukunftsperspektiven ein. Ob die Ausfälle beim real verfügbaren Einkommen durch eine abermalige Verringerung der Sparquote ausgeglichen werden, erscheint in diesem Umfeld durchaus fraglich. Somit kann nicht mit einer expansiven Nachfrageentwicklung am Pkw-Markt gerechnet werden, al-

lenfalls die Zunahme des anstehenden Ersatzbedarfs könnte zu einer leichten Erhöhung des Pkw-Neuzulassungsvolumens beitragen.

Konjunkturelle Aufwärtsentwicklung

Auf den wichtigsten westeuropäischen Exportmärkten begünstigten eine konjunkturelle Erholung und der anstehende Ersatzbedarf die Automobilnachfrage. Verschrottungsprämien stimulierten den Absatz in Frankreich, Spanien und Danemark zusätzlich. In Nordamerika setzte sich 1994 der Aufwärtstrend zunächst noch fort, und in Japan kam es zu einer ersten Erholung nach einem mehrjährigen Absatzrückgang. Mit einem Exportplus von rund einem Zehntel konnten die deutschen Pkw-Hersteller überdurchschnittlich an der Ausweitung des Neuzulassungsvolumens auf ihren wichtigsten Auslandsmärkten partizipieren.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1994 schwachte sich die Expansion auf verschiedenen westeuropäischen Märkten und in den USA deut-

lich ab. Mit dem Auslaufen der Förderung des Ersatzes von Altfahrzeugen im neuen Jahr wird sich darüber hinaus in den betroffenen Ländern eine Dämpfung des Zulassungsanstiegs ergeben. Damit wird sich aber auch dort, wo die Verschrottungsprämie zu einer überdurchschnittlichen Steigerung des Absatzes von Fahrzeugen der unteren Hubraumklassen führte, wieder eine ausgewogenere Zulassungsstruktur ergeben, die den deutschen Herstellern auch auf diesen Märkten, wo sie 1994 unterdurchschnittlich abschnitten, wieder eine bessere Chance gibt. Insgesamt dürfte der Anstieg der Pkw-Ausfuhr 1995 mit etwa 6% geringer ausfallen als im Jahr zuvor.

Im Nkw-Sektor setzte die Erholung später ein als bei den Pkw, doch sind inzwischen die meisten westeuropäischen Märkte in eine Aufwärtsentwicklung eingetreten. Nach einem mehrjährigen Zulassungsrückgang erlauben die verbesserten Investitionsbedingungen endlich wieder die lange unterbliebenen Ersatzbeschaffungen. Während die konjunkturelle Wende am inländischen Nkw-Markt so spät einsetzte, daß das Jahresergebnis 1994 noch negativ blieb, ergaben sich für die Mehrzahl der westeuropäischen Märkte positive Veränderungsdaten. Bei der deutschen Nkw-Ausfuhr konnte so eine Steigerung um gut ein Zehntel erreicht werden. 1995 wird der Nkw-Absatz in Westeuropa von der Fortsetzung der konjunkturellen Belebung profitieren, dies sollte auch einen abermaligen deutlichen Anstieg der deutschen Nkw-Ausfuhr erlauben. Die Nkw-Produktion wird somit nach einem Anstieg um ein Zehntel 1995 nochmals – wenn auch mit einer abgeschwächten Zuwachsrate – zunehmen.

Beachtliche Fortschritte

So erfreulich die Aufhellung des konjunkturellen Klimas auch sein

mag, mit ihr sind die fundamentalen Strukturprobleme der deutschen Automobilindustrie noch keineswegs ausgeräumt. Zwar haben die Unternehmen bereits beachtliche Fortschritte bei der Straffung ihrer Strukturen und der Kostenreduzierung erzielt, doch wäre es verhängnisvoll, wenn diese Aufgaben nicht entschlossen fortgeführt würden. Lean production, neue Logistiksysteme oder auch Gruppenarbeit dürfen keine Schlagworte bleiben, auch genügt es nicht, daß sie allein von den Automobilherstellern und ihren direkten Zulieferern praktiziert werden, sie müssen vielmehr in allen Stufen der automobilen Wertschöpfungskette die realen Abläufe bestimmen. Dabei unterliegen, wie etwa im Falle des „simultaneous engineering“ oder beim Übergang zum

Bezug von Modulen und Systemen, auch die Beziehungen zwischen Automobilherstellern und Zulieferern einem tiefgreifenden Wandel. Doch nur so kann es gelingen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder ausreichend zu festigen und damit die Automobilproduktion in Deutschland auch für die Zukunft zu sichern.

Seit Juli 1991 ist in der deutschen Automobilindustrie ein Rückgang in der Zahl der Beschäftigten um ein Fünftel eingetreten, womit die Belegschaftsstärke mit 640 000 inzwischen wieder auf das Niveau vom Beginn der 80er Jahre zurückgefallen ist. Dennoch besteht durchweg weiterer Bedarf an Produktivitätssteigerungen, die in vielen Unternehmen zu einem weiteren Beschäftigungsabbau führen werden, auch wenn in anderen Unternehmen der konjunkturbedingte Produktionszuwachs schon wieder zu Neueinstellungen führt. Eine benevolente Personalpolitik in der jetzigen Konjunkturphase droht den Erfolg der Anstrengungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit schnell wieder zu nichte zu machen.

Standortvorteile des Auslands

Für Automobilhersteller wie Zulieferer bedeutet das hohe inländische Kostenniveau auch den Zwang, Standortvorteile im Ausland zu nutzen. Der Anteil von importierten Vorleistungen an der automobilen Wertschöpfung erreicht bereits heute mehr als 30%. Die Unternehmen streben eine weitere Erhöhung des Bezugs von Materialien und Teilen aus dem Ausland wie auch den Aufbau von Produktionen an kostengünstigen Standorten in Europa und Übersee an. Somit droht sich im Falle der Bundesrepublik die Internationalisierung als eine Einbahnstraße zu erweisen, durch die letztlich die industrielle Basis in Deutschland bei parallel dazu sich verschlechternden Beschäftigungs-

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Achim Diekmann, 64, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. in Frankfurt/Main. Er ist außerdem Präsident der Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles (OICA) in Paris.

Dr. Friedrich Hassbach, 56, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Wiesbaden/Bonn.

Dr. Franz-Josef Wissing, 55, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 58, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

chancen geschmälert wird. Nur eine Verbesserung der komparativen Kosten zugunsten des Inlands vermag diesen Prozeß zu stoppen, eine Einsicht, der sich nicht nur die Unternehmen, sondern auch Gewerkschaften und Politik stellen müssen.

Zwar hat die Tarifpolitik den Unternehmen in den letzten beiden Jahren eine Verschnaufpause gewährt, doch deuten die internationalen Kostenrelationen immer noch auf einen Wettbewerbsnachteil für die Produktion in Deutschland hin. So übertrafen die Lohnkosten in der deutschen Automobilindustrie auch 1993 diejenigen bei allen ausländischen Konkurrenten, im Falle Großbritanniens sogar um nahezu 100%. Dabei hat sich der Abstand gegenüber den anderen westeuropäischen und den amerikanischen Konkurrenten seit 1989, dem letzten Jahr vor der deutschen Vereinigung, noch deutlich erhöht, eine Entwicklung, zu der neben dem inländischen Kostenauftrieb auch die Wechselkursveränderungen beigetragen haben. Nur im Vergleich zu Japan ergab sich eine Verringerung des Abstands, doch lagen auch die Lohnkosten der japanischen Konkurrenz trotz der Yen-Aufwertung 1993 nahezu um ein Fünftel unter denen in der deutschen Automobilindustrie. In den nunmehr ebenfalls bereits für viele Fertigungsaufgaben als alternative Standorte in Frage kommenden mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn

bewegen sich die Lohnkosten heute bei einem Zehntel des deutschen Niveaus, so daß auch manche Nachteile bei Produktivität und Logistik noch ausgeglichen werden können, ohne daß dieser Kostenvorteil ganz aufgezehrt wird.

Die Forderungen der Gewerkschaften für die bevorstehende Tarifrunde und die im Herbst im Metallbereich anstehende Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich drohen abermals den Kostendruck zu erhöhen und den Zwang zu verschärfen, die Produktivität zu steigern, wenn es sich nicht überhaupt als unmöglich erweist, einzelne Fertigungen in Deutschland fortzuführen. Das Mißverständnis, mit der durchaus noch fragilen Konjunkturbelebung sei auch bei der Lohnpolitik eine Rückkehr zu den kräftigen Steigerungsraten früherer Jahre möglich, droht zu einem weiteren Schub beim Abbau von Arbeitsplätzen zu führen. Die Sozialpartner sind deshalb mit Nachdruck an ihre Verantwortung für die Beschäftigung zu erinnern.

Lähmung der Privatinitiative

Zu den noch keineswegs ausgeräumten Standortschwächen gehört auch die im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung einnehmende Unternehmensbesteuerung. Deshalb muß eine Verringerung der Steuerlast durch eine Abschaffung der Gewerbesteuer und Vermögensteuer sowie eine Senkung der

Gewerbeertragssteuer schnellstens durchgesetzt werden. Die Mittel dafür können durch eine Beschneidung der Subventionen freigesetzt werden, die ohnehin nur dazu beitragen, unproduktive Branchen zu konservieren und so den Strukturwandel aufzuhalten, ohne den Deutschland seine Position in einer immer durchlässiger werdenden Weltwirtschaft mit einer wachsenden Zahl ehrgeiziger Wettbewerber nicht behaupten kann.

Die gesamte deutsche Volkswirtschaft, nicht nur die Automobilindustrie, befindet sich noch immer in einer schwierigen, von den unbewältigten Aufgaben der Vereinigung belasteten Entwicklungsphase. Der ausufernde staatliche Korridor die Staatsquote erreicht gemessen an den Ausgaben inzwischen über 50% – lähmt die Privatinitiative und blockiert den Strukturwandel. An dem ungewöhnlich früh im Konjunkturzyklus eingetretenen Wiederanstieg der langfristigen Zinsen mit seiner dämpfenden Wirkung auf die Investitionstätigkeit wird deutlich, wie groß das Mißtrauen der Märkte gegenüber der Politik und ihrer Bereitschaft zur Neuorientierung der öffentlichen Haushalte noch ist. Überzeugende Signale für eine größere Bescheidenheit des Staates bei Einnahmen und Ausgaben sind die beste Voraussetzung dafür, die konjunkturelle Erholung in einen dauerhaften Wachstumsprozeß einmünden zu lassen.

Friedrich Hassbach

Die Baukonjunktur zum Jahreswechsel 1994/95

Die westdeutsche Baukonjunktur hat sich 1994 besser entwickelt als noch zu Beginn des Jahres erwartet. In Westdeutschland haben

die Bauinvestitionen gegenüber 1993 bei realer Betrachtung um gut 2,5% auf über 350 Mrd. DM zugenommen. Bei genauerer Betrachtung

bietet sich allerdings das Bild einer „gespaltenen“ Konjunktur. Die westdeutsche Tätigkeit stützt sich allein auf den Wohnungsbau, der 1994

preisbereinigt um über 6% gewachsen ist. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen dürfte nahe an der 500 000-Grenze liegen.

Im westdeutschen Wirtschaftsbau ist dagegen – nach dem tiefen Einbruch im Jahr 1993 – nochmals ein realer Rückgang von 1,5% zu beobachten. Nach den Ergebnissen der Baugenehmigungstatistik hat sich vor allem im Bereich der Bürobauten der Abschwung unvermindert fortgesetzt. Dagegen sind in den übrigen Bereichen des Wirtschaftsbaus erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung zu beobachten. Das „konjunkturelle Sorgenkind“ bleibt der öffentliche Bau. Hier führte die Haushaltsmisere, vor allem der Länder und Gemeinden, zu einem weiteren Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen von etwa 2,5%.

Diese „Mengenkonjunktur“ findet allerdings keine Entsprechung in der Ertragslage der Unternehmen. Ganz im Gegenteil: In den Monaten Januar bis August 1994 stieg die Zahl der Insolvenzen im westdeutschen

Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahr um annähernd 20% auf über 1 200. Der verschärfte Wettbewerb führte zu einem deutlichen Rückgang der Preissteigerungsrate:

□ Im August 1994 lag der Preisindex für Wohngebäude (ohne Mehrwertsteuer) nur noch um 2,0% über dem Vorjahresniveau, während es im gesamten Jahr 1993 noch 3,6% waren.

□ Die Preissteigerungsrate für Rohbauarbeiten im Wohnungsbau betrug sogar nur noch 1,7%.

□ Im westdeutschen Straßenbau kam es aufgrund der Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei der Auftragsvergabe zu einem noch stärkeren Preiswettbewerb; im August 1994 stagnierten die Preise.

Ostdeutschland 1994

In den neuen Bundesländern setzte sich das bauwirtschaftliche Wachstum fort. Preisbereinigt nahmen hier die Investitionen um etwa 21% auf 124 Mrd. DM zu, so daß mittlerweile etwa ein Viertel der gesam-

ten deutschen Bauleistung in den neuen Bundesländern erbracht wird.

Auch in Ostdeutschland war der Wohnungsbau der Motor der baukonjunkturellen Entwicklung. Das preisbereinigte Wachstum in dieser Sparte betrug etwa 37%. Nachdem in der Vergangenheit vor allem Renovierungs- und Modernisierungsinvestitionen dominiert hatten, ist nunmehr der Wohnungsneubau zum zweiten „Standbein“ geworden. Nach etwa 25% im Jahre 1992 lag der Anteil des Neubaus am gesamten Wohnungsbauvolumen 1994 schon bei 44%. Während allerdings in Westdeutschland der Wohnungsbau mit einem Anteil von 56% an den gesamten Bauinvestitionen die bauwirtschaftliche Entwicklung dominiert, liegt der Anteil in den neuen Bundesländern erst bei etwa 37%.

Im öffentlichen Bau der neuen Bundesländer liegt die preisbereinigte Wachstumsrate bei etwa 15%. Darin drücken sich die Bestrebungen der ostdeutschen Länder und Gemeinden – aber auch des Bundes

Monopolkommission Hauptgutachten 1992/1993 Mehr Wettbewerb auf allen Märkten

Neben der Fortschreibung ihrer ständigen Untersuchungen gemäß § 24b GWB geht die Monopolkommission im *Einleitungskapitel* ihres Zehnten Hauptgutachtens kritisch auf die Postreform II sowie Wettbewerbsprobleme in der Abfallwirtschaft ein und macht Vorschläge für eine Verbesserung der Konzentrationsstatistik. Im Rahmen der Analyse über die *Unternehmenskonzentration bei Großunternehmen* wird erstmals die Versicherungswirtschaft gesondert untersucht. Die Würdigung der *Entscheidungspraxis zur Mißbrauchsaufsicht und zur Fusionskontrolle* berücksichtigt wiederum die Ergebnisse der europäischen Fusionskontrollpraxis. In Zusammenhang mit der Beurteilung des Wettbewerbs im *Medienbereich* wiederholt die Monopolkommission ihre Empfehlung einer stärker marktorientierten Neuordnung des Rundfunksystems durch den Abbau von Regulierungen. In einer Sonderuntersuchung befaßt sie sich erneut mit der *Energiewirtschaft* und plädiert für eine Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens durch die Realisierung des sogenannten »Durchleitungsmodells«. Das abschließende Sonderkapitel leistet einen Diskussionsbeitrag zur institutionellen Ausgestaltung der *Märkte für abhängige Arbeitsleistungen*.

Mit einem Anlagenband. Includes an English Summary
1994, 449 S., brosch., 78,- DM, 608,50 öS, 78,- sFr, ISBN 3-7890-3591-2
– Anlagenband –
1994, 329 S., brosch., 66,- DM, 515,- öS, 66,- sFr, ISBN 3-7890-3592-0
Beide Bände zusammen
1994, 778 S., brosch., 118,- DM, 920,50 öS, 118,- sFr, ISBN 3-7890-3593-9
(Monopolkommission – Hauptgutachten, Bd. X)



NOMOS Verlagsgesellschaft • 76520 Baden-Baden



Reale Entwicklung der Bauinvestitionen in Deutschland 1994/95

(Prozentuale Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr)

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	1994	1995	1994	1995	1994	1995
Wohnungsbau	6	2	37	23	11	6
Wirtschaftsbau	-1,5	1	12	7,5	3	3
Öffentlicher Bau	-2,5	-2	15	6	2	0
Gesamt	2,5	1	21	13	7	4

– aus, die Qualität der ostdeutschen Infrastruktur in möglichst kurzer Zeit dem westdeutschen Niveau anzunähern. Dies zeigt sich auch in einem Anteil der öffentlichen Bauinvestitionen von über 20% an den gesamten Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern. In Westdeutschland dagegen lag der Wert 1994 nur bei knapp 15%.

Im ostdeutschen Wirtschaftsbau – vom Volumen her gesehen 1994 noch die dominierende Sparte – beträgt das reale Wachstum im laufenden Jahr etwa 12%. Problematisch ist in dieser Sparte allerdings, daß die Auftragslage immer noch von den Bereichen Handel und Dienstleistungen bestimmt wird. Ein deutliches Anwachsen der Nachfrage aus dem verarbeitenden Gewerbe läßt dagegen weiterhin auf sich warten. Das Volumen der Baugenehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude hat sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 1994 sogar um 15,6% verringert.

Auch in den neuen Bundesländern hat sich 1994 der Wettbewerbsdruck deutlich erhöht. Durch Unternehmensneugründungen und eine nochmalige Steigerung der Produktivität ist das Angebot an Bauleistungen stärker gestiegen als die Nachfrage. Die Folge: Auch in den neuen Bundesländern gingen die Preissteigerungsraten deutlich zurück. Es verwundert deshalb nicht, daß das ostdeutsche Bauhauptgewerbe in den Monaten Januar bis August ein Wachstum der Insolvenzzahlen von über 100% meldete.

Erwartungen für 1995

Im Jahre 1995 wird die baukonjunkturelle Dynamik in Westdeutschland nachlassen. Der Hauptverband erwartet nur noch ein preisbereinigtes Wachstum von 1%. Im Wohnungsbau wird – bei einer nochmaligen leichten Zunahme der fertiggestellten Wohnungen auf etwa 510000 – das reale Wachstum auf 2% zurückgehen. Die Gründe: Ein weiterer Rückgang der Realeinkommen, das Auslaufen des Bundesprogramms zur Schaffung preisgünstigen Wohnraumes in westdeutschen Ballungsgebieten sowie die derzeit noch ungewisse Ausgestaltung der generellen Wohnungsbauförderpolitik des Bundes in der neuen Legislaturperiode.

Im Wirtschaftsbau wachsen dank des gesamtdeutschen Aufschwungs des Jahres 1994 die Hoffnungen auf eine Tendenzwende. Kommt es – wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung meint – im Laufe des Jahres 1995 zu einer Belebung der Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes, ist ein reales Plus im Wirtschaftsbau von 1% erreichbar.

Im westdeutschen öffentlichen Bau verschärft sich die Haushaltslage durch die Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich und die darauf basierende Zahlungspflicht der westdeutschen Flächenländer. Unterdurchschnittlich steigende Steuereinnahmen und weitere Belastungen durch die Sozialhilfe führen zu einem Rückgang

der öffentlichen Bauinvestitionen von real 2%.

In den neuen Bundesländern wird sich – allerdings auf dem deutlich höheren Ausgangsniveau des Jahres 1994 – das Wachstum der Bauinvestitionen auf real etwa 13% abschwächen. Erstmals wird der Wohnungsbau mit einem realen Plus von etwa 23% und Gesamtinvestitionen von fast 60 Mrd. DM den Wirtschaftsbau auch vom Volumen her überflügeln. Der Anteil des Wohnungsneubaus an der gesamten ostdeutschen Wohnungsbautätigkeit wird 1995 auf etwa 50% steigen, die Fertigstellung von 80000 Wohnungen erscheint realistisch.

Im Wirtschaftsbau rechnen wir mit einem Wachstum von 7,5%. Allerdings ist die Situation noch sehr labil. Darauf deutet z.B. hin, daß – wie bereits erwähnt – das Genehmigungsvolumen für Fabrik- und Werkstattgebäude hinter das Vorjahresniveau zurückgefallen ist. Eine kurzfristige Revision der Investitionsplanungen der dominierenden Bereiche Handel und Dienstleistungen konnte die prognostizierte Wachstumsrate im ostdeutschen Wirtschaftsbau in Frage stellen.

Im ostdeutschen öffentlichen Bau wird 1995 die reale Wachstumsrate auf 6% zurückgehen. Wir befürchten, daß insbesondere die Länder die zusätzlichen Steuermittel verstärkt dazu nutzen, die überproportional hohe Kreditaufnahme zurückzuführen. Dies grüße zu Lasten der Investitionszuweisungen an die Gemeinden und damit zwangsläufig zu Lasten der kommunalen Bauinvestitionen.

Steigender Wettbewerbsdruck

Die deutsche Bauwirtschaft sieht sich in beiden Teilen Deutschlands einer zunehmenden Niedriglohnkonkurrenz insbesondere südeuropäischer Bauunternehmen ausgesetzt. Vor allem aufgrund der anhaltend schwachen Baukonjunktur in den

Herkunftsländern haben sich diese Unternehmen nach Ersatzmärkten in Deutschland umgesehen, dem einzigen Land, das 1993 innerhalb der Europäischen Union ein deutliches Wachstum der Bauinvestitionen zu verzeichnen hatte, und das auch 1994 an der Spitze der europäischen bauwirtschaftlichen Entwicklung steht.

Die Beschäftigungssituation im Jahr 1995 wird deshalb vor allem davon abhängen, ob es gelingt, das Problem der zunehmenden Niedriglohnkonkurrenz auf dem deutschen Baumarkt in den Griff zu bekommen. Da diese ausländischen Anbieter ihre Arbeiter auch auf deutschen Baustellen zu günstigen Heimatlohnkonditionen beschäftigen dürfen, ist aufgrund des großen Lohnkostengefalles innerhalb der europäischen Bauwirtschaft ein deutlicher Wettbewerbsvorteil gegeben.

Die deutsche Bauindustrie kann diese Wettbewerbsverzerrungen nicht länger hinnehmen. Die negativen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt für Baufacharbeiter und die mittelständisch geprägte Struktur der Branche sind zu groß. So ging im westdeutschen Bauhauptgewerbe trotz der guten Mengenkonjunktur die Zahl der beschäftigten Arbeiter von Januar bis August 1994 um fast 3% zurück. Zudem besteht die Gefahr, daß vor dem Hintergrund dieser Entwicklung zukünftig die Erfolge der Nachwuchswerbung verspielt werden. Vor allem ist aber der soziale Frieden auf den Baustellen in Gefahr.

Die deutsche Bauwirtschaft fordert daher – im Einklang mit der IG Bau-Steine-Erden – die zügige Verabschiedung der Entsende-Richtlinie auf europäischer Ebene. Damit würde dem Grundgedanken „Glei-

cher Lohn für gleiche Arbeit im gleichen Land“ Rechnung getragen. Nur so können faire Wettbewerbsbedingungen auf dem deutschen Baumarkt hergestellt werden. Ist eine Verabschiedung auf europäischer Ebene nicht möglich, so muß die Bundesregierung – wie Frankreich – eine nationale Regelung verabschieden.

Zum Schluß noch ein Wort zur bevorstehenden Lohnrunde: Die bereits erwähnte schlechte Ertragslage im deutschen Bauhauptgewerbe läßt 1995 nur wenig Spielraum für Lohnanpassungen, vor allem vor dem Hintergrund der europäischen Konkurrenz. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Jahresgutachten erklärt, daß das Jahr 1995 in Westdeutschland „nicht das Jahr der Umverteilung“ sein könne.

Franz-Josef Wissing

Ertragsschwäche bremst Elektrokonjunktur

Die konjunkturelle Erholung in der deutschen Elektroindustrie kommt nach dem Auslaufen der Rezession nur langsam voran. Wesentliche Impulse gehen derzeit überwiegend vom Export aus. Im Inland konzentriert sich die wirtschaftliche Belegung auf die Impulse aus den Zulieferbranchen, beispielsweise dem Maschinen- und Anlagenbau, dem Fahrzeugbau sowie der Bauwirtschaft. Vor dem Hintergrund des scharfen internationalen Wettbewerbs ist die Ertragslage trotz beachtlicher Produktivitätsfortschritte weiterhin unbefriedigend.

1994 stieg die preisbereinigte Produktion elektroindustrieller Güter in

Westdeutschland um gut 3%, nachdem sie im Vorjahr um 7% gefallen war. Die Umsätze lagen geringfügig über dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Beschäftigten war auch in der zweiten Jahreshälfte weiter rückläufig. Ende September 1994 waren noch 887 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der westdeutschen Elektroindustrie beschäftigt. Gegenüber dem Jahresende 1993 bedeutet dies einen Verlust von 43 000 Arbeitsplätzen.

Vergleichsweise günstig verläuft die konjunkturelle Entwicklung in den neuen Bundesländern. Die Produktion stieg in den ersten neun Monaten des Jahres im Vergleich zum

Vorjahreszeitraum um 32%, der Umsatz um 25%. Hier ist allerdings das niedrige Ausgangsniveau zu berücksichtigen. Die Kapazitätsauslastung verbesserte sich von 73% im vierten Quartal 1993 auf 76% im zweiten Quartal 1994. Die Zahl der Beschäftigten hat sich seit Jahresbeginn bei rund 73 500 stabilisiert, die Zahl der Kurzarbeiter ist auf knapp 7 000 zurückgegangen. Lohnkosten und Umsatz je Beschäftigten haben sich auf 60% des westdeutschen Niveaus erhöht. 1994 wird die Elektroindustrie erneut rund 1,5 Mrd. DM in den neuen Bundesländern investieren.

Auch weiterhin bestehen deutliche Unterschiede zwischen den ein-

WIRTSCHAFTSDIENST 1994/XII

zelen Sektoren der Elektroindustrie. Mehr als die Hälfte des gesamten Wachstums im Jahr 1994 ist auf die ausgeprägte Sonderkonjunktur im Bereich der elektronischen Bauelemente zurückzuführen. Nachfrageimpulse gingen hier vor allem von den Bereichen Mobilfunk, Kfz-Elektronik und Informationstechnik aus. Die als Frühindikator geltende Nachfrage nach Bauelementen verlief dabei im Ausland deutlich besser als im Inland. Dies lag vor allem an der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigen inländischen Abnehmerbranchen. So zeichnet sich in der informationstechnischen Industrie nach einer moderaten Wachstumsphase bereits eine Abflachung ab, die Lage in der kommunikationstechnischen Industrie war weiterhin äußerst angespannt und die Produktion unterhaltungselektronischer Erzeugnisse rückläufig.

Während die Investitionen der deutschen Industrie 1994 nochmals um 1% sanken, fragte das Ausland bereits verstärkt deutsche elektrotechnische Investitionsgüter nach. Hinzu kommen indirekte Exporte über Produkte unserer Abnehmerbranchen.

Der einzige Sektor, in dem die Inlandsnachfrage spürbare Fortschritte gemacht hat, ist die Informationstechnik. Die Hersteller profitieren dabei in erster Linie von der verstärkten Nachfrage aus der Wirtschaft und dem Small Office Home Sektor. Zu den am stärksten wachsenden Produktsegmenten gehören PCs, Workstations und Lokale Netze.

In den anderen Sektoren der Elektroindustrie blieben das Auslands-geschäft sowie die indirekten Exporte treibende Kraft. In der Meß- und Automatisierungstechnik lag das Produktionswachstum bei 9,2%. In der elektrischen Antriebstechnik scheint die Talsohle nach mehrjährigen Pro-

duktionsrückgängen durchschritten. Dennoch lag das Produktionsvolumen um rund 10% unter dem Spitzenwert von 1990. Bei Schaltgeräten, Schaltanlagen und Industriesteuerungen stagnierte das Inlands-geschäft mit den Energieversorgungsunternehmen; bei den industriellen Kunden zog die Nachfrage nur leicht an. Der Inlandsmarkt für Starkstromkondensatoren bewegt sich – bezogen auf die Absatzmen-gen – seit Jahren auf gleichem Niveau.

Die stark von der Bautätigkeit abhängigen Elektrosektoren profitieren von der anhaltend guten Baukonjunktur und der Entwicklung zur komplexeren technischen Ausstattung von Gebäuden. In der Installationstechnik standen einer verstärkten Nachfrage beim gewerblichen Bau allerdings weitere Rückgänge beim Wirtschaftsbau und beim öffentlichen Bau gegenüber. In der Beleuchtungstechnik entwickelte sich die expandierende Nachfrage nach Wohnraumleuchten und die weiterhin schwache Nachfrage nach technischen Leuchten auseinander. Besondere Zurückhaltung zeigen die öffentlichen Investoren.

Auch in anderen Bereichen ist die schwache öffentliche Nachfrage spürbar. Zuwächse im Auslands-geschäft der kommunikationstechnischen Industrie konnten die Einbrüche im Inland nicht ausgleichen. Allein der Inlandsmarkt für öffentliche Netze war 1994 durch Mengen- und Preiseffekte um 15% kleiner als im Vorjahr. Nach deutlichen Einbrüchen im vergangenen Jahr zeichnete sich auch 1994 keine Verbesserung für elektromedizinische Technik ab. Vergleichsweise zufriedenstellend verlief inzwischen das Geschäft mit Bahntechnik.

Bei der Inlandsnachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern war 1994 noch keine Belebung zu ver-

zeichnen. Neben dem schrumpfenden Inlandsmarkt belastete der verschärfte Wettbewerb durch Verschiebungen der Wechselkurse die Unternehmen. Das preisbereinigte Produktionsvolumen von Elektro-Hausgeräten sank angesichts einer leicht rückläufigen Gesamtnachfrage und zunehmender Produktionsverlagerung ins Ausland um ein Prozent. Das Wachstum bei Einbaugeräten konnte den Rückgang bei freistehenden Elektro-Großgeräten und bei Kleingeräten nicht kompensieren. Auch in der Unterhaltungselektronik war das Marktvolumen rückläufig. Im zweiten Halbjahr 1994 wurden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lediglich bei Mikro- und Minisystemen Mengenzuwächse erwartet, die angesichts des starken Preisverfalls den Branchenumsatz jedoch kaum positiv beeinflussten

Perspektive 1995

Für 1995 erwartet die deutsche Elektroindustrie ein Produktionswachstum in der Größenordnung wie 1994. Chancen werden auch im kommenden Jahr im Exportgeschäft gesehen.

Bei den industriellen Investitionsgütern wird neben einer weiter steigenden Auslandsnachfrage auch eine Belebung der Inlandsnachfrage prognostiziert. Die Investitionspläne der deutschen Industrie sehen eine durchschnittliche Steigerungsrate von 7% vor, die vor allem von den wichtigen Abnehmerbranchen der Elektroindustrie – dem Automobilbau, dem Maschinenbau und der Chemie – getragen werden. Es ist davon auszugehen, daß auch im Jahr 1995 Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen dominieren werden. Die Elektroindustrie selber plant eine Erhöhung ihrer Investitionen um 5%.

Die verbreitete Schwäche der inländischen Auftragsvergabe für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen

wird auch 1995 fortbestehen. In der Kommunikationstechnik zeichnet sich keine Trendwende im Investitions- und Einkaufsverhalten der Nachfrager ab. Die Auftragseingänge sind stärker rückläufig als die Produktion, der Markt wird weiter schrumpfen. Die Auslandsnachfrage wird auch im kommenden Jahr die Einbrüche im Inland nicht kompensieren können. Wachstum verzeichnen allein Telekommunikationsdienste. Der inländische Energiesektor wird sich weiter stabilisieren, langfristig werden Wachstumsperspektiven jedoch primär auf Auslandsmärkten gesehen. Im Verkehrsbereich werden Impulse von der bevorstehenden Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie mittelfristig von Telematiksystemen erwartet.

Vom privaten Verbrauch wird angesichts steigender Steuer- und Abgabenbelastung der Haushaltseinkommen auch 1995 keine Nachfragebelebung bei langlebigen Gebrauchsgütern ausgehen. Für die Hersteller von Elektro-Hausgeräten, Leuchten, Lampen und Unterhaltungselektronik deuten die konjunkturellen Indikatoren und die Entwicklung der verfügbaren Einkommen auf Stagnation beziehungsweise weiter rückläufige Inlandsmärkte.

Auch 1995 wird sich der Inlandsmarkt für Bauelemente angesichts der dynamischen Entwicklung in den wichtigen Abnehmermärkten Kfz-Elektronik, Informationstechnik sowie in ausgewählten Segmenten der Kommunikationstechnik positiv entwickeln. Dabei erschließt die zunehmend höhere Integration verschiedener Funktionen auf einem Chip sowohl neue Anwendungen als auch technologisch induzierte Nachfrageimpulse, wie sie sich beispielsweise im verstärkten Einsatz elektronischer Komponenten im Automobil manifestieren.

Standortpolitik

Die Unternehmen haben auf den schärferen internationalen Wettbewerb mit konsequenten Kostensenkungen reagiert und so ihre Produktivität verbessert. Immer stärker entwickelt sich der Wettbewerb der Unternehmen zu einem Wettbewerb der Standorte. Gerade die Unternehmen der Elektroindustrie, deren Strukturen, Märkte und Kulturen zunehmend global ausgerichtet sind, sind an exponierter Stelle in diesen Wettbewerb eingebunden. Dabei kommt es angesichts der in Deutschland höchsten Arbeitskosten und kürzesten Jahres- und Lebensarbeitszeiten immer häufiger zur Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland. Betroffen sind sowohl Produktions- als auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben.

Maßnahme für die standortbedingten Kosten müssen daher die Bedingungen des internationalen Wettbewerbs sein. Neben einer Tarifpolitik mit Augenmaß ist eine Befreiung der Energiekosten von politischen Lasten sowie eine Senkung der Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und Umweltauflagen mit Blick auf die Bedingungen internationaler Wettbewerber geboten. Erforderlich ist unter anderem der konsequente Abbau von Erhaltungssubventionen, die Unternehmen und Verbraucher zusätzlich belasten. Die von der Bundesregierung angekündigte Reform der Gewerbesteuer muß den Einstieg in die fühlbare Rückführung der Unternehmenssteuerbelastung erbringen.

Handelspolitik

Gerade für die exportorientierte Elektroindustrie müssen faire Spielregeln im internationalen Wettbewerb und wechselseitige Marktöffnung die nationalen Maßnahmen zur Standortsicherung begleiten. Besonders die häufig von politischen Entscheidungsmechanismen ge-

prägten Märkte für Infrastrukturprodukte, z.B. in der Telekommunikations-, der Energie- und Verkehrstechnik, reagieren anfällig auf Verwerfungen in den internationalen Handelsbeziehungen. So ist die von der Europäischen Union angestrebte Öffnung der Beschaffungsmärkte für Infrastrukturprodukte in Deutschland bereits weit fortgeschritten, ohne daß deutsche Anbieter gleichen Zugang zu anderen Märkten in der EU haben. Insbesondere dort, wo bei potentiellen Kunden politische Entscheidungsmechanismen eine Rolle spielen, muß die politische Flankierung von Exportvorhaben der Industrie weiter verbessert werden.

Die Ratifizierung des GATT-Abkommens ist positiv zu bewerten. Damit wird die Hoffnung verbunden, daß der Hang zu bilateralen Handelsabkommen zu Lasten Dritter dauerhaft zurückgedrängt werden kann. Die neu eingerichtete Welthandelsorganisation muß als Instrument zur Durchsetzung gleicher Handelsbedingungen zum Einsatz kommen.

Eine europaweite Harmonisierung der Exportkontrollstandards für sogenannte „dual use“-Güter ist trotz der zu Beginn nächsten Jahres in Kraft tretenden EU-Verordnung noch immer nicht überzeugend erreicht.

Technologiepolitik

Eine stärker auf die Märkte der Zukunft ausgerichtete Technologiepolitik ist entscheidend für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die Elektroindustrie hat ihre hohen FuE-Aufwendungen in der vergangenen Rezessionsphase nochmals aufgestockt. Rund ein Viertel aller FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft kommen aus der Elektroindustrie.

Die öffentliche Forschungsförderung sollte angesichts begrenzter Finanzmittel auf Bereiche konzentriert werden, die in Zukunft einen rasch wachsenden Bedarf erwarten las-

sen. Dabei sollte das bisherige Modell des Technologietransfers stärker zugunsten gemeinsamer Innovationsprojekte von Wirtschaft und staatlich finanzierten Einrichtungen unterfüttert werden. Noch werden in einem zu großen Umfang Technologien ohne klare Anwendungsfelder und Marktchancen entwickelt.

Die Elektroindustrie hat daher Felder identifiziert, die einen rasch wachsenden gesellschaftlichen Bedarf für Innovationen erwarten lassen. Es handelt sich hierbei um die Gebiete „neue Materialien“, „Sensorik und Aktorik“, „Mikroelektronik, Optoelektronik und Informationsspeicher“, „elektrooptische und elektromagnetische Wandler“, „Erzeugung, Verteilung und Speicherung elektrischer Energie“ und „Informa-

tionstechnik, Intelligenzfunktionen, Software“.

Neue Technologien bedürfen geeigneter Rahmenbedingungen, um zu konkreten Wettbewerbsvorteilen zu werden. So setzt der Export innovativer Technologien in der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationstechnik ihren erfolgreichen Einsatz in Deutschland voraus. Moderne Verkehrsleitsysteme können nur in enger Abstimmung mit politischen Entscheidungsträgern in Bund, Ländern und Gemeinden eingeführt werden. Auch die Realisierung der sich entwickelnden Informationsgesellschaft setzt klare Rahmenbedingungen und einen Zeitplan voraus, um der Wirtschaft verlässliche Planungsgrundlagen zu geben. Hierfür bietet der Bangemann-Bericht mit zehn

Projektvorschlägen erste Ansatzpunkte. Der ZVEI hat angeboten, Plattform und Gesprächsforum für die Beteiligten zu sein.

Die deutsche Industrie durchlebt einen tiefgreifenden Strukturwandel. Den Unternehmen der deutschen Elektroindustrie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Die intensiven Rationalisierungs- und Modernisierungsanstrengungen der Unternehmen müssen durch eine zukunftsgerichtete Rahmenpolitik zur Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit des Elektrostandortes Deutschland flankiert werden. Dann werden die Elektrounternehmen ihren Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand am Standort Deutschland leisten können.

Hans-Jürgen Zechlin

Deutscher Maschinen- und Anlagenbau – Der Zwang zum Wandel bleibt

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau wird nach drei magischen Jahren im nun zu Ende gehenden Jahr 1994 erstmals wieder ein leichtes Plus in der Maschinenproduktion verbuchen können.

Der entscheidende Anstoß zur Überwindung der Rezession kam aus dem Ausland, und zwar zunächst aus den USA und Fernost, aber auch aus Lateinamerika, Australien und den Reformländern Osteuropas. Allein nach China konnten die Maschinenbauexporte in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht werden. China avancierte damit zum achtgrößten Absatzmarkt für deutsche Maschinen und Anlagen, was wieder einmal beweist, daß die deutschen Maschinenexporteure mit ihren Produkten nach wie vor welt-

weit am Ball sind, wenn irgendwo Nachfrage keimt.

Der Aufschwung im Auslandsgeschäft konnte jedoch erst eine klare Kontur gewinnen, als die Konjunkturerholung auch Westeuropa erreichte und sich dort – schneller und stärker als erwartet – in wachsender Investitionsbereitschaft niederschlug.

Die „Achillesferse“ der deutschen Maschinenbaukonjunktur war lange Zeit die inländische Investitionsschwäche. Pünktlich zum letzten Jahreswechsel fiel dann endlich der Startschuß für eine sich eher zaghaft, aber doch kontinuierlich belebende Ordertätigkeit der deutschen Käufer von Maschinenbauprodukten.

Kräftiger fiel der Impuls in den typischen Zulieferbereichen des Maschinenbaus aus, namentlich in der Antriebstechnik und der Ölhydraulik. Die Zulieferer profitieren nicht nur von der international anziehenden Konjunktur, sondern auch vom zyklischen Lageraufbau. Ebenfalls stärker verbessert hat sich die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen und Präzisionswerkzeugen. Und schließlich gibt es neuen Schwung bei den Maschinenbaulieferanten für die Stahlindustrie sowie für Druckereien.

Von der wachsenden Investitionsbereitschaft waren also vornehmlich jene Maschinensparten begünstigt, die in der Rezession besonders unter der Kaufzurückhaltung ihrer Abnehmer gelitten haben. Die Zu-

wachsraten basieren daher – hierauf muß immer wieder in aller Deutlichkeit hingewiesen werden – auf einem extrem niedrigen Niveau: Bei einem vorherigen Orderrückgang um die Hälfte – in Teilbereichen des Maschinenbaus ein durchaus realistischer Wert – bewirkt ein 20%iges Auftragsplus lediglich einen Anstieg auf 60% des alten Niveaus. Es sind also weiterhin kräftige Wachstumsraten bei den Auftragseingängen notwendig.

In der Maschinenbauproduktion geht es in der Anlaufphase bislang nur schleppend voran. Wir rechnen nach dem mit -11% tiefsten Einbruch der Nachkriegszeit im Jahr 1993 für das laufende Jahr 1994 bestenfalls mit einem Zuwachs von 2%.

Zu beobachtender „Produktionslag“

Damit bleibt die Produktion deutlich hinter dem Auftragseingang zurück – ein Phänomen, das so in den vorangegangenen Zyklen nicht zu beobachten war. Während die Bestellungen in den ersten zehn Monaten des Jahres ein Plus von real 12% über dem Vorjahreswert aufweisen, hinken Umsatz, Produktion und Beschäftigung deutlich hinterher.

Die Ursachen dieses „lags“ sind vielfältig. Zum einen verzerren

Großaufträge das Bild. Zum anderen wird sicherlich der drastische Personalabbau eine Rolle spielen: Die Schlanken sind – vorderhand – langsamer geworden. Viele Unternehmen zögern überdies in der gegenwärtig noch labilen Situation, aber auch angesichts der bitteren Erfahrungen, die sie in den zurückliegenden Jahren machen mußten, Personal wieder einzustellen. Dieser Effekt setzt sich ausgehend von den Zulieferern als Engpaß über die einzelnen Fertigungsstufen des gesamten Maschinenbaus fort und verlängert so die Durchlaufzeiten.

Vielen Unternehmen fehlt darüber hinaus die nötige Liquidität, um die Lager aufzufüllen und hereinkommende Aufträge vorfinanzieren zu können. Das ist immer wieder im beginnenden Aufschwung zu beobachten, gilt diesmal aber in besonderem Maße: Über Jahre hin unzureichende Preise bei gleichzeitig hohen Kosten, Nettoumsatzrenditen nahe Null und eine erodierende Eigenkapitalausstattung waren kaum geeignet, ein Innenfinanzierungspotential zu erhalten oder gar aufzubauen, mit dem Unternehmen sprunghaft steigenden Zahlungsverpflichtungen termingerecht nachkommen können. Um so größere Bedeutung bekommt in dieser Situation die Kreditfinanzierung. Doch bei den Banken setzt sich

erst zögerlich die Erkenntnis durch, daß der deutsche Maschinenbau wieder auf Wachstumskurs ist.

Krise als Entschlackungskur

Dabei sind die konjunkturellen Aussichten gut: Für 1995 und 1996 deutet sich eine weltweit günstige Konstellation an, die den Maschinenabsatz beflügeln wird. Die Länder Westeuropas, die in der zurückliegenden Rezession gleichsam auf einen Schlag ihre Bestellungen reduzierten, treten nun – wiederum im Zyklus vereint – als Nachfrager nach Maschinenbauprodukten auf den Plan. Und die Kunden in Übersee, zum Beispiel in den USA, aber auch die sich neu industrialisierenden Länder wie China oder die Staaten Mittel- und Osteuropas, die bereits in den letzten beiden Jahren der europäischen Industrie geholfen haben, die Rezession zu überwinden, wachsen weiter, wenn auch mit kleineren Raten.

Die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer sollten hiervon profitieren. Sie haben die Ärmel hochgekrepelt, um Schwachstellen zu beseitigen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Sie haben die Krise als Entschlackungskur genutzt und können deshalb im Aufschwung mit besseren Produkten und kosten-

Ulrich Ehricke

Staatliche Eingriffe in den Wettbewerb – Kontrolle durch Gemeinschaftsrecht

Ein rechtsvergleichender Beitrag zu den Grenzen staatlicher Wirtschaftslenkungsmaßnahmen im Gemeinschaftsrecht und im US-amerikanischen Recht

1994, 234 S., brosch., 49,- DM, 382,50 öS, 49,- sFr, ISBN 3-7890-3542-4
(Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 136)



NOMOS Verlagsgesellschaft • 76520 Baden-Baden



günstigerer Produktion erfolgreich sein. Im Verlauf des Jahres 1995 dürfte es daher zu einer Produktionsbeschleunigung kommen.

Getragen wird der Aufschwung bisher vornehmlich von zyklischen Konjunktoreinflüssen. Die mittelfristig mindestens ebenso wichtigen strukturellen Probleme – Kostenkrise in Deutschland und der Wandel der internationalen Arbeitsteilung – sind noch nicht gelöst.

Die Rolle der sich industrialisierenden Länder

Auf die Verwerfungen der internationalen Arbeitsteilung habe ich an dieser Stelle bereits vor Jahresfrist hingewiesen: Den alten Industrieländern steht ein Strukturwandel ins Haus, der sich vielleicht mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft vergleichen läßt. Ständig kommen weltweit neue Wettbewerber hinzu, deren technologische Kompetenz rapide wächst und die mit extrem niedrigen Kosten den hochentwickelten Industrieländern in ihren eigentlichen Domänen Konkurrenz machen.

Immer mehr deutsche Maschinenbauer entdecken in dieser Situation die sich (re)industrialisierenden Länder, vorab die nahegelegenen mittel- und osteuropäischen Staaten, nicht nur als Absatzmarkt, sondern auch als günstige Einkaufsquelle zur Verbesserung ihrer eigenen Kostenstruktur. Mancher Hersteller entschließt sich zudem, seine Fertigungstiefe zu verringern, indem er bisher selbst erbrachte Leistungen aus Osteuropa bezieht – analog der japanischen „Hinterlandstrategie“. Gefragt sind vor allem einfache, lohnintensive Arbeiten wie Drehen, Bohren, Fräsen, Guß und Stahlbau, vornehmlich in Tschechien, Ungarn und Polen.

Den sich (re)industrialisierenden Ländern helfen solche Absatz-

folge, ihre Wirtschaft zu konsolidieren. Die Exporte können für sie zum Motor eines Aufschwungs werden, der den Aufbau eines neuen beziehungsweise die Modernisierung des veralteten Produktionsapparates trägt. Das dazu benötigte weite Spektrum an Investitionsgütern wird in diesen Ländern selbst bisher nur zu einem kleineren Teil gebaut. Für die deutsche Investitionsgüterindustrie, vorab für den Maschinen- und Anlagenbau, entstehen damit neue Märkte, im Falle Osteuropas direkt vor der eigenen Haustür.

Gefahren für den Welthandel

Das alles gibt zur Hoffnung durchaus Anlaß. Allerdings werden sich die Reformstaaten Osteuropas wie auch die sich neu industrialisierenden Länder Asiens, allen voran China und Indien, nicht lange auf Zulieferungen beschränken. Sie werden vielmehr – wie die Vorbilder in Fernost zeigen – zunehmend Importe durch eigene Produkte substituieren, um dann, in einer zweiten Phase, ein exportorientiertes Wachstum anzustreben und auf die Märkte der alten Industrienationen zu drängen.

Das war der Weg Japans und der kleinen Tiger, der bereits in den letzten Jahren zu erheblichen Verwerfungen geführt hat. Er läßt sich jedoch für die bevölkerungsreichen Länder des Ostblocks, Chinas und Indiens nicht wiederholen. Er führt in eine Sackgasse. Denn je mehr Länder als Produzenten hinzustoßen und je größer deren Exportvolumen sein wird, um so unmöglicher wird es werden, die Exportproduktion in den OECD-Ländern abzusetzen. Eine Wiederholung dieser einseitigen Exportstrategie würde den Welthandel für Industrieprodukte aus dem Lot bringen.

Einzig denkbarer Ausweg aus einer solchen Sackgasse wäre eine

Strategie, bei der die Wachstumserfolge sich neu industrialisierender Länder zeitlich parallel begleitet werden von gleichgroßen internen Einkommenszuwachsen. Nur so läßt sich erreichen, daß die inländische Produktion auf entsprechende Nachfragevolumina im eigenen Land trifft. Natürlich geht es dabei nicht nur um Nachfrage nach den im eigenen Land hergestellten Produkten, sondern – im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung mit offenen, liberalen Weltmärkten – auch um Importprodukte. Man muß das wohl hinzufügen, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Das wäre ein Weg, der allen nutzt, den neuen und den alten Industrieländern. Und wenn dieser Kurs eingeschlagen wird – aber eben auch nur dann – führt er über die Erhöhung der Einkommen in den sich industrialisierenden Ländern mittel- und langfristig zu einer weltweiten Maschinennachfrage. Denn Maschinen sind als Produktionsgüter Voraussetzung für eine solche Strategie.

Fazit

Wenn ich versuche, ein Fazit zu ziehen, dann kann dies wie folgt lauten: Der deutsche Maschinenbau sieht konjunkturell Licht am Ende des Tunnels. Das Jahr 1994 war ein Übergangsjahr, der Anlauf zu einem neuen Aufschwung. Ihn gilt es zu nutzen, um allzeit vorhandene Schwachstellen weiterhin zu beseitigen und sich den veränderten Marktbedingungen mit neuen Konkurrenten, aber auch neuen Märkten zu stellen.

Die Unternehmen werden das Ihrige dazu tun. Sie sind jedoch darauf angewiesen, daß ihre Partner bei den Tarifverhandlungen und in der Politik – nicht nur in der heimischen sondern auch in der internationalen Politik – die Weichen richtig stellen, damit aus einer zyklischen Belebung strukturelles Wachstum wird.